



# Gewerkschaft der Polizei

Berlin

Gewerkschaft der Polizei • Kurfürstenstraße 112 • 10787 Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
Herrn Michael Müller

Senatsverwaltung für Finanzen  
Herrn Senator Dr. Matthias Kollatz

Senatsverwaltung für Inneres und Sport  
Herrn Senator Andreas Geisel

Per E-Mail

Norbert Cioma  
Landesbezirksvorsitzender

Kurfürstenstraße 112  
10787 Berlin

Tel.: 030/21 0004-12  
Fax: 030/21 0004-29

cioma@gdp-berlin.de  
www.gdp-berlin.de

20.01.2020

## Offener Brief amtsangemessene Alimentation

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzsenator,  
sehr geehrter Herr Innensenator,

wir haben aus den Nachrichten entnommen, dass das Land Berlin im vergangenen Jahr einen Haushaltsüberschuss von ca. 1,6 Milliarden Euro erwirtschaftet hat. Eine hervorragende Leistung, zu der eine Vielzahl an Menschen beigetragen hat, unter anderem nicht ganz unwesentlich auch die Beamtinnen und Beamten dieser Stadt.

Wir möchten Sie gerne daran erinnern, dass Sie den beamteten Dienstkräften im Rahmen der amtsangemessenen Besoldung noch Teile des ihnen zustehenden Einkommens schuldig sind. Das Bundesverwaltungsgericht sieht den Anspruch als gegeben an (Vorlagebeschluss vom 22. September 2017, AZ 2 C 8.17. Hiernach besteht der Anspruch seit mehr als einem Jahrzehnt.

Andere Bundesländer haben Ihre Mitarbeitenden nicht dazu gezwungen, den Rechtsweg bis zum Bundesverfassungsgericht zu beschreiten, sondern die Rechtswidrigkeit der gezahlten Besoldung anerkannt und die notwendigen Zahlungen schon lange geleistet.

Das Land Berlin nimmt jeden Mitarbeitenden in die Pflicht, Regress zu leisten, wenn er fiskalisches Eigentum, in der Ausübung des Dienstes, beschädigt oder zerstört. Sie gestatten uns hier festzustellen, dass es sich mit den nicht gezahlten Einkommensbestandteilen genauso verhält.

Wir bitten Sie und fordern Sie hiermit auf, Verhandlungen für eine unkomplizierte Abgeltung der berechtigten Forderungen Ihrer Beschäftigten, deren Interessen wir vertreten, aufzunehmen und zeitnah abzuschließen (gerne auch über eine angemessene Pauschale). Es ist schon jetzt ein fatales Zeichen, dass der Berliner Senat seine Beamtinnen und Beamten bis vor den Bundesgerichtshof nach Karlsruhe zwingt, damit Sie das Ihnen zustehende Gehalt vom Land Berlin erzwingen müssen. Welches Bild diese Stadt als Arbeitgeber, der im fortwährenden Konkurrenzkampf um die besten Mitarbeitenden ringt, damit öffentlich abgibt, steht damit wohl außer Frage.

Sehr geehrter Hr. Innensenator, wir sind uns bewusst, dass dieses Problem außerhalb Ihrer Regelungsmöglichkeiten liegt, wir bitten Sie aber, als unseren obersten Dienstherren, die von uns vorgeschlagene Verhandlungslösung zu unterstützen.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Wolbert Linn'.